

Kooperationsvertrag

zwischen den Parteien und Fraktionen
von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen in Nidderau
für die Wahlperiode von 2026 bis 2031



NIDDERAU
SPD



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Nidderau

PRÄAMBEL

Nidderau hat sich seit der Stadtgründung im Jahr 1970 sehr positiv entwickelt. In allen fünf Stadtteilen bietet unsere Stadt den Menschen, die hier leben, eine hohe Lebensqualität. Unser gemeinsames Ziel ist es, diese Stärke zu bewahren und Nidderau auch in Zukunft lebenswert, sozial und nachhaltig zu gestalten.

Seit 2011 arbeiten die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Nidderau erfolgreich zusammen. Unser gemeinsames Selbstverständnis ist ein von Respekt, Fairness und Wertschätzung geprägter Umgang miteinander, in den politischen Gremien, in der Öffentlichkeit und den sog. "sozialen Medien".

Den bisherigen Weg des vertrauensvollen Miteinanders wollen wir fortsetzen und zugleich weiterentwickeln. Mit unserer Kooperation für die kommenden fünf Jahre wollen wir als SPD und Bündnis 90/Die Grünen das politische Miteinander in Nidderau stärken. Gerade in politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten braucht es Verlässlichkeit, Dialogbereitschaft und gemeinsame Verantwortung. Wir laden alle demokratischen Kräfte ein, gemeinsam mit uns am Nidderau von morgen zu arbeiten.

Mit unserer Kooperation geht die Idee der „offenen Stadtverordnetenversammlung“ einher: Mit diesem Begriff verbinden wir das Ziel, neue Freiräume im politischen Diskurs zu eröffnen und die Grundlage für Mehrheiten zu schaffen, die sich an der Sache orientieren. Wir vertrauen wie bisher auf die Kraft guter Ideen samt überzeugender Argumente, akzeptieren aber gleichzeitig, dass es in unseren beiden Fraktionen unterschiedliche Sichtweisen in einzelnen Sachfragen gibt.

Zugleich haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass es in den politischen Gremien verlässliche parlamentarische Mehrheiten braucht, die aus Verantwortung für unsere Stadt bereit sind, notwendige Entscheidungen zu treffen – auch dann, wenn sie unbequem sind. Deshalb halten wir es gerade in Zeiten wie diesen für erforderlich, durch ein Bündnis in den gewählten Gremien unserer Stadt politische Handlungsfähigkeit zu sichern, um damit Stillstand und politische Blockaden zu verhindern.

Der Wunsch nach stärkerer überparteilicher Zusammenarbeit in den städtischen Gremien sowie das Bewusstsein um die Verantwortung gegenüber unserer Heimatstadt Nidderau finden in dieser rot-grünen Kooperation ihren Ausdruck.

ZIELE

FINANZEN

Städtische Haushalte

Die Aufstellung genehmigungsfähiger Haushalte sowie die zeitnahe Erstellung der Jahresabschlüsse haben für die Kooperationspartner höchste Priorität.

Konsolidierung

Die nachhaltige Konsolidierung des städtischen Haushalts ist ein zentrales Ziel der Zusammenarbeit. Hierzu wird eine überfraktionelle Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ zur Erarbeitung von Konsolidierungsvorschlägen eingerichtet.

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) wird dort weiter ausgebaut, wo sie nachweislich sinnvoll ist und konkrete Einsparpotenziale bietet. Bestehende Kooperationen werden hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit überprüft.

Aufgrund der finanziellen Belastungen der ansässigen Unternehmen und Privathaushalte ist eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer nur als letztes Mittel der Konsolidierung anzusehen.

Kommunikation

Ein gemeinsam beschlossener Haushalt wird im weiteren Verfahren geschlossen politisch getragen.

In den Bereichen Haushalt, Abfall, KiTa-Gebühren müssen früher und über mehr Kanäle von den Zuständigen Informationen in die Öffentlichkeit getragen werden.

Abfallgebühren

Die Kooperation strebt möglichst bezahlbare Abfallgebühren, frühzeitige und korrekte/transparente Gebührenkalkulation an. Bisherige gebührenfreie Leistungen sollen möglichst beibehalten werden.

Asyl und Flüchtlinge

Ausgaben in den Bereichen Asyl- und Flüchtlingsunterbringung sollen analysiert und Konsolidierungspotenziale identifiziert werden. Ziel ist auch hier die Reduktion des Defizits in den betroffenen Haushaltsstellen.

JUGEND UND SOZIALES

Spielplätze

Die Weiterentwicklung und der abschließende Beschluss des städtischen Spielplatzkonzeptes erfolgen unter Beteiligung der relevanten Gruppen. Ziel ist die Schaffung moderner Mehrgenerationenspielplätze, in die ausdrücklich auch Bewegungsgeräte für Seniorinnen und Senioren integriert werden.

Kindertagesstätten

Im Bereich der Kinderbetreuung streben die Kooperationspartner eine größtmögliche Gebührenstabilität bei gleichbleibender Qualität an.

GESUNDHEIT UND PFLEGE

Gemeindepfleger

Die Umsetzung des Beschlusses zur Einführung von zwei Gemeindepflegerern ist an die Förderung des Landes Hessen gebunden, sie wird unter Berücksichtigung neuer Förderzeiträume geprüft und bei Bedarf angepasst.

Alten- und Pflegezentrum Erbstadt

Das begonnene Projekt zur Umsetzung und Bau eines Alten- und Pflegezentrums in Erbstadt wird mit dem Ziel der weiteren Schaffung von Pflegeplätzen für Menschen in Nidderau konsequent fortgeführt und unterstützt.

UMWELT UND NATURSCHUTZ

Waldwirtschaft

Die kommunale Waldwirtschaft soll wirtschaftlich gestärkt werden. Ziel ist es, das aktuelle Defizit von rund 100.000 Euro jährlich schrittweise zu reduzieren und langfristig ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen.

Invasive Arten und Schädlinge

Möglichkeiten zur weiteren Reduktion von Waschbären, Nilgänsen, Nutrias, Stadtauben und anderen Schädlingen im städtischen Gebiet sollen gefunden werden - sowohl zur Nachsorge als auch zur Prävention.

Natur- und Umweltschutz bei der Stadtentwicklung

Investitionsmaßnahmen und Bauvorhaben der Stadt sollen auch auf Klimawirkungen und Umwelt- und Naturbeeinträchtigungen hin betrachtet werden.

INFRASTRUKTUR, STADTENTWICKLUNG UND WIRTSCHAFT

Städtische Gebäude

Es wird ein Sanierungskonzept für die städtischen Gebäude – inkl. der Wohngebäude – erarbeitet, wobei Fördermöglichkeiten berücksichtigt werden.

Auch für die Willi-Salzman-Halle (WSH) werden Optionen für Neubau, Sanierung oder Weiterentwicklung umfassend geprüft. Dabei sind ebenfalls mögliche Fördermittel systematisch einzubeziehen.

„Sprung“ über die Ortsumgehung in Eichen

Eine Siedlungsentwicklung „Sprung in Eichen“ wird abgelehnt. Die bestehende Verkehrsführung (B45/ B521) wird als natürliche Grenze der Stadtentwicklung anerkannt.

Ortskernentwicklung

Die Entwicklung und Stärkung der Ortskerne wird im Rahmen des Kommunalen Entwicklungskonzepts (KEK) gezielt vorangetrieben, wobei klare Prioritäten gesetzt werden.

Bezahlbares Wohnen

Im Bereich des bezahlbaren Wohnens wird das „Modell Mühlberg“ fortgesetzt: Ziel ist die Schaffung von weiterem sozialen und durchmischten Wohnraum, auch unter Einbindung innovativer Investorenmodelle und mit einer Option auf späteren Kauf.

Es wird geprüft, inwieweit bestehendem Leerstand wirksam begegnet werden kann, um zusätzlichen Wohnraum zu aktivieren. Hierzu sollen insbesondere Beratungsangebote für Wohnungs- und Hauseigentümerinnen und -eigentümer zu Umbau, Vermietung sowie mögliche Tauschmodelle entwickelt werden.

Mittelzentrum

Beim Thema Mittelzentrum setzen sich die Kooperationspartner weiterhin aktiv für Fortschritte ein und halten den Druck auf das Land Hessen aufrecht.

Nidderbad

Das Nidderbad wird langfristig erhalten und als zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesichert. Die anstehende Modernisierung wird frühzeitig geplant und umgesetzt. Dabei sollen gezielt Fördermöglichkeiten (z.B. Sportmilliarde des Bundes) genutzt werden. Der Einsatz erneuerbarer Energien zur nachhaltigen Senkung der Betriebskosten wird geprüft.

Stadtbücherei

Die Stadtbücherei soll erhalten und nach Möglichkeit als Aufenthalts- und Lernort aufgewertet werden.

Öffentlich zugängliche Toiletten

Ein Konzept für öffentlich zugängliche Toiletten soll erarbeitet werden, wobei eine bessere Beschilderung der bestehenden WCs und Programme wie „Nette Toilette“ geprüft werden sollen.

Tourismus

Tourismus soll weiter gefördert und als Teil der Wirtschaftsförderung angesehen werden.

Anwohnerparken

Eine Prüfung und - wenn möglich - Einrichtung von Anwohnerparkbereichen in den Ortskernen soll vorangetrieben werden. Auch die Ortsbeiräte sollen hierzu angehört werden.

KULTUR, SPORT UND EHRENAMT

Unterstützung des Ehrenamts

Die Kooperation möchte weiterhin verlässlicher Unterstützer der Vereine und des Ehrenamtes sein. SPD und Bündnis 90/ Die Grünen stehen für eine Fortführung der Vereinsförderung. Hier ist eine Prioritätensetzung im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit nötig.

Windecker Sportplatz

Der Windecker Sportplatz wird von den Kooperationspartnern als zentrale Sportstätte für den Breitensport angesehen. Voraussetzung für eine nachhaltige Weiterentwicklung des Geländes ist eine enge Kooperation und Verständigung aller beteiligten Vereinsakteure. Gleichzeitig wird die Auslastung der bestehenden Sportanlagen geprüft und ggf. bei der weiteren Planung berücksichtigt.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Feuerwehr

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan der Feuerwehr bildet die verbindliche Grundlage für eine leistungsfähige und zukunftssichere Feuerwehrstruktur.

Für die Feuerwache Windecken-Ostheim gilt: Eine Wohnbebauung auf dem Gebäude wird ausgeschlossen. Die bestehenden Bedarfe werden ausdrücklich anerkannt. Gleichzeitig werden im Dialog mit den beteiligten Akteuren mögliche Einsparpotenziale geprüft, mit dem Ziel, die Investitionskosten zu reduzieren, ohne Qualitätsverluste oder baurechtliche Bedenken zu verursachen. Dies gilt auch für die Erweiterung des Feuerwehrhauses Heldenbergen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Windpark Nidderau

Das Thema Windkraft wird positiv und aktiv gestaltet. Die Bürgerschaft soll sowohl in die Entscheidungsfindung eingebunden als auch über geeignete Modelle finanziell beteiligt werden.

Für den Windpark Nidderau wird ein strukturierter, transparenter und ergebnisoffener Entscheidungsprozess sichergestellt. Ziel ist eine sorgfältige und verantwortungsvolle Abwägung aller relevanten Aspekte. Unterschiedliche Angebote werden durch die Verwaltung anhand nachvollziehbarer und vergleichbarer Kriterien wie z.B. Wirtschaftlichkeit, Einnahmesicherheit und langfristige Auswirkungen gegenübergestellt.

Die Bürgerschaft wird frühzeitig und umfassend in den Prozess eingebunden. Hierzu setzen die Kooperationspartner auf eine aktive und verständliche Informationspolitik, beispielsweise durch gezielte Informationsformate wie eine Bürgerpost oder Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Windkraft in Nidderau.

Ziel ist es, eine möglichst breite gesellschaftliche und politische Zustimmung zu erreichen. Daher streben die Kooperationspartner parteiübergreifende Beschlüsse an. Potenzielle Flächen sollen transparent gemeinsam bewertet, geeignete Bereiche ausgewiesen und andere zugleich klar ausgeschlossen werden.

Energiespeicher

Die Errichtung und mögliche perspektivische Umsetzung von Energiespeichermaßnahmen sollen geprüft werden.

Energiekonzept

Ein mögliches Energiekonzept zwischen Kläranlage-WSH-Rathaus-Schwimmbad mit Photovoltaik und Energiespeicher soll geprüft werden.

Erneuerbare Energien auf städtischen Flächen sollen weiter ausgebaut werden. Ziel ist eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich sinnvolle Entwicklung.

Kommunale Wärmeplanung

Die städtische Wärmeplanung wird weiter fortgeführt.

MOBILITÄT UND VERKEHR

ÖPNV und Mobilität sollen unter Berücksichtigung ökonomischer Belange weiterentwickelt werden. Hier soll eine Evaluierung der Notwendigkeit aller bestehenden und potenziellen ÖPNV-Angebote mit einer durchdachten Kosten-Nutzen-Abwägung vorgenommen werden. Es ist uns besonders wichtig, Mobilität allen Alters- und Gesellschaftsgruppen zu ermöglichen.

Bahnhöfe

Wir fordern die Barrierefreiheit der Nidderauer Bahnhöfe und der Bahnhofsumgebungen ein. Dazu wollen wir weiterhin den Druck auf die Deutsche Bahn aufrechterhalten. Die begonnenen Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des Ostheimer Bahnhofsumfeldes sollen fortgeführt und abgeschlossen werden.

ORGANISATION

Reichweite der Vereinbarung

Diese Vereinbarung ist bindend für die politische Arbeit auf Stadtebene. Dies umschließt das Handeln in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat.

SPD und Grüne als erste natürliche Ansprechpartner

Kooperationsrunden sollen vor jeder Stadtverordnetenversammlung oder bei Bedarf stattfinden. Es ist unser erklärtes Ziel, eine Einigung bezüglich des Vorgehens bei Magistratsvorlagen und Anträgen aller Parteien zu finden. Magistratsvorlagen und Anträge werden separat betrachtet.

Bei Einigkeit werden Anträge gemeinsam gestellt. Grundsätzlich sind die Kooperationspartner bestrebt, in allen inhaltlichen Fragen einen politischen Konsens zu erzielen.

Bei Uneinigkeit sind eigene Anträge oder ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten möglich.

SPD und Grüne sind zum gegebenen Zeitpunkt gegenseitig erste Ansprech- und Kooperationspartner bei der Besetzung des ersten Stadtrats.

Nidderau, den 23.04.2026

Parteivorsitzender

SPD Nidderau

Ortsverbandsvorsitzende

Bündnis 90/ Die Grünen Nidderau

Fraktionsvorsitzender

SPD Nidderau

Fraktionsvorsitzende

Bündnis 90/ Die Grünen Nidderau